

2019-4
MIDEM-Bericht

DIE ÖSTERREICHISCHE NATIONALRATSWAHL 2019

VON MANÈ WEISSKIRCHER

INHALTSVERZEICHNIS

	ZUSAMMENFASSUNG	4
1.	ERGEBNISSE	4
2.	WELCHE ROLLE SPIELTE DAS THEMA MIGRATION?	6
3.	WAS SIND DIE WICHTIGSTEN PARTEIPOLITISCHEN ENTWICKLUNGEN?	7
3.1	SEBASTIAN KURZ UND DIE ÖVP – KLARE WAHLGEWINNER	7
3.2	SIGNIFIKANTE VERLUSTE FÜR DIE FPÖ – WAS NUN?	8
3.3	DIE RÜCKKEHR DER GRÜNEN	9
4.	AUSBLICK	10
	LITERATURVERZEICHNIS	11
	AUTOR	12
	IMPRESSUM	13

ZUSAMMENFASSUNG

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) gewinnt die Nationalratswahl 2019 mit einer relativen Mehrheit von 37,1 Prozent und liegt damit klar vor ihren Herausforderern. Noch nie zuvor war der Abstand zwischen der stärksten und der zweitstärksten Partei so groß wie bei dieser Wahl (15,4 Prozent). Im Vergleich zum Wahlergebnis von 2017 konnte die Partei von Sebastian Kurz, bis Mai 2019 Bundeskanzler, abermals deutlich zulegen (+5,7). Der 33-Jährige wird erneut die Position des Regierungschefs übernehmen.

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), angeführt von der ehemaligen Gesundheitsministerin Pamela Rendi-Wagner, beklagt ihr historisch schwächstes Ergebnis. Sie erhielt 21,7 Prozent der Stimmen und liegt damit noch klar unter ihren Resultaten von 2013 und 2017 (-5,1). **Mit 16,1 Prozent (-9,9) liegt die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) deutlich dahinter – nach der Korruptionsaffäre („Ibizagate“) folgten kurz vor der Wahl noch weitere Vorwürfe gegenüber dem ehemaligen Parteichef und Vizekanzler Heinz-Christian Strache („Spesenaffäre“).** FPÖ-Spitzenpolitiker haben noch am Wahltag ihre Skepsis bezüglich einer erneuten Regierungsbeziehung geäußert.

Die Grünen feiern ihre Rückkehr in den österreichischen Nationalrat. 2017 verfehlte die Partei überraschend die Sperrklausel von vier Prozent. Diesmal konnte die Partei ihr bestes Ergebnis bei einer Nationalratswahl erzielen: Ihr Stimmenanteil erhöhte sich von 3,8 auf 14 Prozent (+10,2). **Dabei profitieren die Grünen, ähnlich wie in Deutschland, auch von der hohen Salienz der Themen Umwelt und globale Erwärmung.**

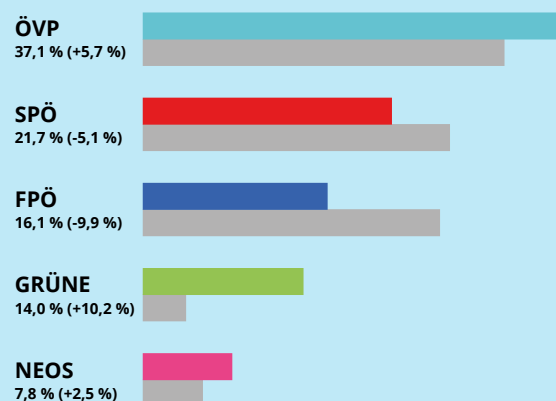
Nun gibt es drei rechnerisch mögliche Zwei-Parteien-Koalitionen mit über 50 Prozent der Parlamentssitze. All diese Varianten würden der ÖVP das Kanzleramt sichern. Eine weitere türkis-blaue Koalition mit der FPÖ scheidet möglicherweise weniger an Inhalten, sondern am Interesse der FPÖ. Die anderen Varianten sind eine Große Koalition mit der SPÖ oder eine Koalition aus ÖVP und den Grünen. Letztere Variante wurde am Wahlabend von Beobachtern am intensivsten diskutiert, birgt aber inhaltliches Konfliktpotential. Die Option einer Minderheitsregierung wäre für das politische System Österreichs untypisch – Kurz hat sie jedoch nicht ausgeschlossen.

Der Wahlkampf war von „Ibizagate“ und weiteren Korruptionsvorwürfen gegenüber Strache geprägt. Auch die ÖVP stand wegen ihrer Parteifinzen unter starker Kritik. Die Themen Umwelt und globale Erderwärmung spielten eine wichtige Rolle. Immigration und Integration war weiterhin von Bedeutung, diese Themen waren aber nicht mehr so salient wie 2017, als die „Flüchtlingskrise“ das bestimmende Thema war. **Wie schon damals, behielt Kurz seine restriktiven Positionen zu Immigration und Integration auch in diesem Wahlkampf bei.**

1. ERGEBNISSE¹

Am 29. September 2019 fand die Wahl zum Nationalrat, der entscheidenden Kammer des österreichischen Parlaments, statt. Die zweite Nationalratswahl innerhalb von weniger als zwei Jahren war Folge einer Regierungskrise: Nach einer Korruptionsaffäre namens „Ibizagate“ – mit dem damaligen FPÖ-Parteichef und Vizekanzler Heinz-Christian Strache in der Hauptrolle (siehe Infobox) – musste der, nun ehemalige, Bundeskanzler Sebastian Kurz im Mai Neuwahlen fordern. Der Entlassung von FPÖ-Innenminister Herbert Kickl und dem darauffolgenden Rückzug der FPÖ-Ministerinnen und -minister folgte, noch vor dem formellen Neuwahl-Beschluss, die Abwahl der Regierung Kurz per Misstrauensantrag. Dies war ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Zweiten Republik. Seit Juni ist eine Übergangsregierung aus Beamten im Amt – geführt von der ersten Bundeskanzlerin in der Geschichte Österreichs, der ehemaligen Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs Brigitte Bierlein.

Abb. 1: Ergebnis der österreichischen Nationalratswahl 2019



Quelle: SORA 2019a / Eigene Darstellung

¹ Das offizielle Endergebnis liegt auf Grund der notwendigen Auszählung von Wahlkarten erst im Laufe der Woche vor und ist dann auf einer Website des österreichischen Bundesministeriums für Inneres (wahl19.bmi.gv.at) detailliert nachzulesen. Dieser Bericht basiert auf Zahlen der SORA Wahlkarten-Prognose, Stand 29. September 21:30 (SORA 2019a).

Das vorläufige Endergebnis (siehe Abbildung I), mit einer Projektion der Wahlkarten, liefert folgenden Ausgang: Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) gewinnt die Nationalratswahl mit einer relativen Mehrheit von 37,1 Prozent und einem Zuwachs an Unterstützung (+5,7 im Vergleich zu 2017). ‚Altkanzler‘ Sebastian Kurz konnte seine Partei erneut zu einem klaren Wahlerfolg führen. Auf Platz zwei folgt die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) mit 21,7 Prozent (-5,1) – mit diesem Stimmenanteil ist die Partei an einem neuen Rekordtief angelangt. Auf Platz drei landet die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die mit einem Ergebnis von 16,1 Prozent signifikante Verluste erleidet (-9,9) – der ‚Ibizaagate‘-Korruptionsaffäre im Mai folgte die ‚Spesenaffäre‘ in den Tagen vor dem Wahltermin (siehe Infobox).

INFOBOX – FPÖ-Korruptionsaffären

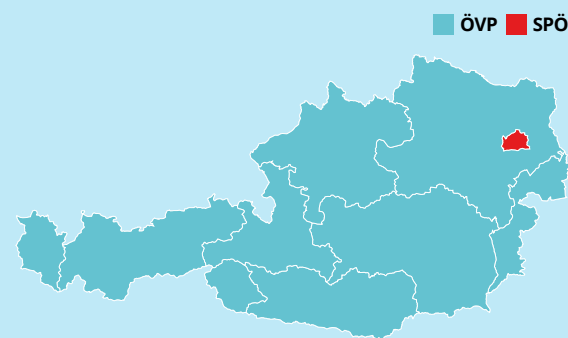
Am 17. Mai 2019 publizierten zwei deutsche Medien – Spiegel Online und die Süddeutsche Zeitung – Auschnitte eines Videos aus dem Jahr 2017, als die FPÖ noch in der Opposition war. Darin waren der damalige Parteichef und spätere Vizekanzler Heinz-Christian Strache und ein weiterer, nun ehemals, führender FPÖ-Politiker, Johann Gudenus, in einer Villa auf der spanischen Mittelmeerinsel Ibiza zu sehen. Beide besprachen mit der vermeintlichen Nichte eines russischen Oligarchen mutmaßlich illegale Parteispenden an die FPÖ sowie die Übernahme der Kronen Zeitung, der größten österreichischen Tageszeitung. Im Gegenzug diskutierten Strache und Gudenus die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und die Teilprivatisierung von ORF und Wasserversorgung. In besagter Villa befanden sich nicht nur große Mengen an Alkohol, sondern ebenso versteckte Videokameras – die angebliche Nichte des russischen Oligarchen war eine Schauspielerin. Die Veröffentlichung von Videoausschnitten knapp vor der Wahl zum Europäischen Parlament führte innerhalb von 24 Stunden zum Rückzug Straches. Etwas später forderte Kurz Neuwahlen – nachdem Verhandlungen über eine Weiterführung der türkis-blauen Koalition scheiterten. Die genauen Motive der Auftraggeber des Videos sind weiterhin unklar. Kurz vor dem Wahltermin gab es erneut schwere Vorwürfe gegenüber Strache: Im Zuge der Spesenaffäre erfolgten Anschuldigungen zu Scheinrechnungen, dem Abrechnen von monatlich bis zu 10.000 Euro an Spesen plus 2.500 Euro für die Miete seines Hauses in Niederösterreich.

Zwei weitere Parteien überspringen die Vier-Prozent-Hürde. Dazu zählen die Grünen, die mit einem Rekordergebnis 14 Prozent (+10,2) ihr Comeback im Nationalrat feiern – im Jahr 2017 verfehlten sie überraschend den notwendigen Stimmenanteil. Ein ehemals führendes Mitglied der Grünen, Peter Pilz, erreichte damals mit seiner neuen Liste Pilz

4,4 Prozent der Stimmen und somit parlamentarische Repräsentation. Dies kann Pilz jedoch diesmal mit seiner nun Liste Jetzt genannten Partei nicht wiederholen (2 Prozent). Hingegen ziehen die NEOS, trotz der traditionellen Schwäche liberaler Parteien in Österreich (Ennser-Jedenastik und Bodlos2019), bereits zum dritten Mal in Folge in den Nationalrat ein. Mit 7,8 Prozent (+2,5) der Stimmen erreicht auch diese Partei ein Rekordergebnis. Die sonstigen Parteien gewinnen insgesamt nur 1,3 Prozent aller gültigen Stimmen.²

Die ÖVP gewinnt die Stimmenmehrheit in acht (!) von neun österreichischen Bundesländern (siehe Abbildung II). Sogar im ostösterreichischen Burgenland – traditionell eine ‚rote‘ Hochburg – liegt die ÖVP vorn. In der Hauptstadt Wien – SPÖ-Bastion – liegt die ÖVP nur wenige Prozentpunkte hinter der SPÖ. Im Jahr 2017 war die ÖVP bloß in sechs von neun Bundesländern stärkste Kraft.

Abb. 2: Stimmenmehrheiten in den österreichischen Bundesländern



Quelle: wahl19.bmi.gv.at (letzter Zugriff: 29.09.2019) / Eigene Darstellung

Laut Wählerstromanalyse konnte die ÖVP hauptsächlich ehemalige Wählerinnen und Wähler der FPÖ hinzugewinnen, während die FPÖ nur knapp mehr als die Hälfte (54 Prozent) ihrer Anhängerinnen und Anhänger von 2017 erneut für sich gewann. Ein wesentlicher Teil der FPÖ-Wählerschaft von 2017 ging diesmal nicht zur Wahl. Die Grünen gewannen vor allem von der SPÖ, aber auch von der Liste Jetzt (2017: Liste Pilz) und den NEOS (SORA 2019b).

Beim Wahlverhalten zeigten sich wesentliche Unterschiede zwischen Wählerinnen und Wählern: Frauen wählten häufiger die Grünen (17 Prozent) als Männer (10 Prozent), wobei letztere sich deutlich öfter für die FPÖ entschieden (21 zu 11 Prozent). Bei Wählerinnen und Wählern bis 29 Jahren liegen ÖVP und Grüne (27) vor der FPÖ (20 Prozent). Wählerinnen und Wähler ab 60 Jahren sind weiterhin eine Bastion der ‚Volksparteien‘: Die ÖVP erzielt hier einen Stimmenanteil von 43 Prozent, die SPÖ ein Resultat von 31 Prozent. Unter den Arbeiterinnen und Arbeitern wählte beinahe eine absolute Mehrheit die FPÖ (48 Prozent) (SORA und ISA 2019: 3, 4, 6).

² Die Wahlbeteiligung beträgt 75,5 Prozent und ist somit etwas geringer als im Jahr 2017 (-4,5). Die Umfragen der letzten Wochen erfassten die Tendenz des Wahlergebnisses – nur die FPÖ wurde zu stark eingeschätzt, während die ÖVP zu schwach eingeschätzt wurde.

Als Themen, die im Wahlkampf „sehr häufig“ diskutiert wurden, nannten im Rahmen einer Umfrage 33 Prozent der befragten Wählerinnen und Wähler „Umwelt- und Klimaschutz“ (33 Prozent), gefolgt von „Käuflichkeit der Politik“ (29 Prozent). Weiter von Bedeutung waren sowohl „Gesundheit und Pflege“ (25 Prozent), „Arbeitsplätze und -bedingungen“ (23 Prozent) als auch „Bildung“ (21 Prozent) sowie „Zuwanderung“ (23 Prozent) und „Sicherheit“ (20 Prozent) (SORA und ISA 2019: 17). Wesentliche Unterschiede zur Nationalratswahl 2017 sind das Ende der Dominanz des Migrationsthemas sowie der Aufstieg des damals marginalen Themas Umwelt (vgl. auch Weisskircher 2017: 5).

2. WELCHE ROLLE SPIELTE DAS THEMA MIGRATION?

Vier Jahre nach dem Höhepunkt der ‚Flüchtlingskrise‘ bleiben Immigration und Integration relevante Themen in der österreichischen politischen Debatte – wenn auch in einem geringeren Ausmaß als im Zuge des Wahlkampfes 2017.

Auch in der Einschätzung der zwei wichtigsten Themen, die das Land derzeit beschäftigen, nimmt Migration zwar nicht mehr die dominante, aber immer noch eine wichtige Stellung ein (Eurobarometer 2019). Im November 2015, am Höhepunkt der ‚Flüchtlingskrise‘, stufen noch 56 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher Immigration als eines der beiden wichtigsten Themen des Landes ein. Zu Beginn des Jahres 2017 waren es noch immer 30 bis 40 Prozent – ein Wert, der deutlich höher ist als im Zeitraum von 2005 bis 2015, als beinahe durchgehend weniger als 20 Prozent dieser Meinung waren. Zu Beginn des Jahres 2019 lag der Wert bei 18 Prozent – nur die Werte für Umwelt (26 Prozent), Lebenshaltungskosten (22 Prozent) sowie Gesundheit und soziale Sicherheit (21 Prozent) lagen höher. Der Befund, dass Migration für einen signifikanten Teil der Wählerinnen und Wähler von Bedeutung ist, ist ein langfristiges Phänomen der österreichischen Politik (siehe Infobox).

Diese Entwicklung der öffentlichen Meinung entspricht auch der Reduktion der Asylanträge in den letzten beiden Jahren (siehe Abbildung III): Österreich war eines der Länder mit der höchsten Anzahl an Asylwerberinnen und Asylwerbern in den Jahren 2015 und 2016 – sowohl in relativen

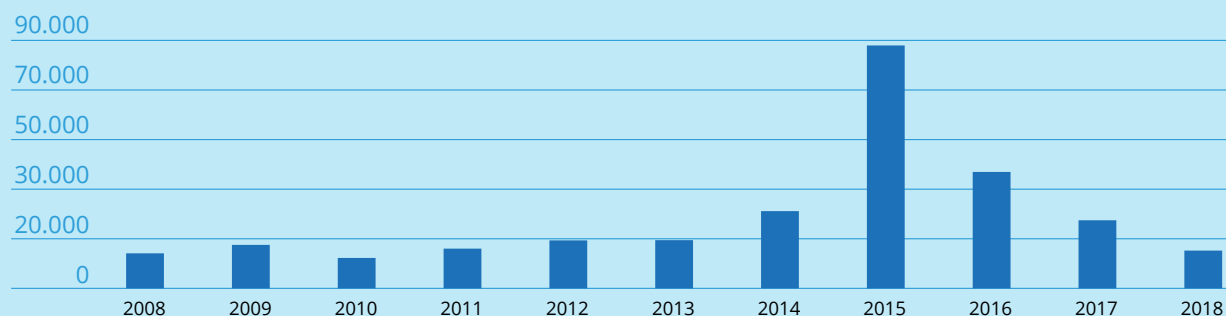
als auch in absoluten Zahlen (Eurostat 2019). Im Jahr 2015 wurden 88.160 Asylanträge verzeichnet. In den Jahren danach kam es jeweils zu Halbierungen: Im Jahr 2016 wurden 42.255 Asylanträge verzeichnet, im darauffolgenden Jahr waren es 24.715 und im Jahr 2018 nur noch 13.710.

INFOBOX – Migration als langfristig relevantes Thema

Bereits seit den 1990er Jahren spielen die Themen Immigration und Integration eine wesentliche Rolle in der österreichischen politischen Debatte. Schon lange vor der Intensivierung der ‚Flüchtlingskrise‘ in Europa war Österreich ein Zielland von Einwanderinnen und Einwanderern. Die Salienz der Themen Immigration und Integration, beispielsweise nach dem Zerfall Jugoslawiens oder den EU-Osterweiterungen, war einer der günstigen Kontextbedingungen, die den Aufstieg der FPÖ ermöglichte – genauso wie die Partei selbst zur Politisierung dieser Themen beitrug. Bereits Anfang 1993 unterzeichneten etwas mehr als 400.000 Österreicherinnen und Österreicher das ‚Österreich zuerst‘-Volksbegehren, von der FPÖ in die Wege geleitet. In Wien hatte diese Initiative das so genannte Lichtermeer zur Folge – eine Großdemonstration von 200.000 bis 300.000 Gegnerinnen und Gegnern dieses Volksbegehrens.

Unabhängig von diesen Entwicklungen war eine wesentliche Strategie von Sebastian Kurz‘ türkis-blauer Koalition, die Themen Immigration und Integration auf der Agenda zu halten. Regelmäßig stellten die beiden Parteien ÖVP und FPÖ restriktive migrations- und integrationspolitische Forderungen und Handlungen ins Zentrum ihrer politischen Arbeit. Beispielsweise reduzierte die Bundesregierung die Mindestsicherung für Menschen mit geringen Deutschkenntnissen. Ebenso beschloss die Koalition die Indexierung der Familienbeihilfe je nach Lebensmittelpunkt des Kindes, mit einer de facto Reduktion der Realeinkommen mancher osteuropäischer Migrantinnen und Migranten als Folge. Die Ablehnung des ‚Globalen Pakts für eine sichere, geordnete und reguläre Migrati-

Abb. 3: Entwicklung der Asylanträge in Österreich



Quelle: Eurostat 2019 / Eigene Darstellung

on“ machte sogar internationale Schlagzeilen (vgl. auch Weisskircher 2018). Eine Konsequenz dessen war, dass die FPÖ wie schon im Zuge des Wahlkampfes 2017 (Plescia et al. 2017) ihr Alleinstellungsmerkmal verlor: Die ÖVP blieb trotz Ende der türkis-blauen Koalition für Wählerinnen und Wähler, für die Anti-Immigrations-Positionen von großer Bedeutung waren, eine Option.

3. WAS SIND DIE WICHTIGSTEN PARTEIPOLITISCHEN ENTWICKLUNGEN?

Die ÖVP unter der Führung von Sebastian Kurz war der große Gewinner – und dies trotz schwerer Kritik an ihren Parteifinanzien. Die FPÖ erlitt signifikante Verluste – nach dem ‚bizagate‘-Skandal führte die ‚Spendenaffäre‘ wenige Tage vor der Wahl zu weiteren Korruptionsvorwürfen gegenüber dem ehemaligen Parteichef Strache. Die Grünen feierten eine triumphale Rückkehr in den Nationalrat – im Gegensatz zu 2017 setzte die Partei nun überwiegend auf die Themen Umwelt und globale Erwärmung anstelle von Immigration und Integration.

3.1 SEBASTIAN KURZ UND DIE ÖVP – KLARE WAHLGEWINNER

Nach der Veröffentlichung der ‚bizagate‘-Videoausschnitte und der Ankündigung von Sebastian Kurz, Neuwahlen zu unterstützen, erreichte die Partei einen Stimmenanteil von 37,1 Prozent. Dies entspricht einem klaren Sieg, auch wenn der ÖVP-Wahlkampf an vielen Stellen holprig verlief. Doch während die FPÖ schlussendlich von ihren Skandalen überrollt wurde, konnten der ÖVP selbst schwere Vorwürfe bezüglich ihrer Parteifinanzien nichts anhaben.

Die Kritik betraf sowohl die Einnahmen- als auch die Ausgabe-seite der Partei. Einnahmenseitig standen Spenden wohlhabender Gönnerinnen und Gönner seit dem Jahr 2017 im Vordergrund, wie zuerst die Tageszeitung Der Standard berichtete (derstandard.at, 20.08.2019). Darunter war die Milliardärin Heidi Horten, unter anderem Erbin des deutschen Kaufhaus-Königs Helmut Horten, der auch von Arisierung profitiert hatte. Sie und andere stückelten ihre Spenden an die ÖVP in den letzten Jahren in mehrere Transfers von etwas unter 50.000 Euro. Nach damaligem Gesetzesstand hätten Zuwendungen ab 50.000 Euro dem Rechnungshof unmittelbar offengelegt werden müssen – dies wurde durch die Stückelung vermieden. Im Fall Hortens machte die Gesamtsumme knapp eine Millionen Euro aus. Jenseits dieser Intransparenz bezüglich Großspenden gab es ebenso Anschuldigungen über mögliche Gegenleistungen gegenüber den Spenderinnen und Spendern. In den Worten eines Wochenmagazins ausgedrückt, erhielten sie oder ihnen nahestehende Per-

sonen in auffällig nahem Zeitabstand zu ihren finanziellen Zuwendungen „Ordnung, Jobs und Förderungen“ (Profil.at, 24.08.2019).

Ausgabenseitig standen sowohl der Nationalratswahlkampf 2017 als auch der diesjährige Wahlkampf im Fokus: Im Jahr 2017 lagen die Kosten der ÖVP deutlich über der gesetzlich geregelten Wahlkampfkostenobergrenze von sieben Millionen Euro. Trotz gegenteiliger Ankündigungen – und Gesetzeslage – gab die ÖVP damals 13 Millionen Euro aus. Für den diesjährigen Wahlkampf gelobte die ÖVP Besserung – doch auch hier gibt es bereits Vorwürfe einer kreativen Buchführung und eines bewussten Übersteigens der erlaubten Kosten (Falter.at, 03.09.2019). Die ÖVP bestreitet dies.

Trotz dieser und anderer Affären bleibt der Befund bestehen, dass die ÖVP die Nationalratswahl 2019 klar gewinnen konnte. Dies ist umso beachtlicher, wenn man den Zustand der Partei vor der Übernahme durch Sebastian Kurz im Jahr 2017 bedenkt. Damals fand sich die ÖVP – seit Jahren Juniorpartner der SPÖ in einer Großen Koalition – in einer schweren Krise. Diese war auf Grund ihrer Blockadepolitik innerhalb der Bundesregierung, auch gegenüber dem eigenen moderaten Flügel, selbst verschuldet. Nach wiederholten innerparteilichen Konflikten trat ÖVP-Parteichef und Vizkanzler Reinhold Mitterlehner im Mai 2017 überraschend von seinen Ämtern zurück. Wenige Tage später wurde Sebastian Kurz – er galt bereits seit langem als Kronprinz der Konservativen – zum neuen Parteichef designiert.³ Daraufhin stiegen die Umfragewerte der ÖVP um rund zehn Prozentpunkte an, vor allem auf Kosten der FPÖ. Im Oktober 2017 erzielte die ÖVP erst zum zweiten Mal seit 1966 – also seit mehr als einem halben Jahrhundert (!) – die meisten Stimmen bei einer Nationalratswahl.

Die ÖVP konnte dies bei der Nationalratswahl 2019 auch deshalb wiederholen, weil Kurz in Bezug auf Immigration und Integration weiterhin mit restriktiven Positionen verbunden wird. Im Kontext der ‚Flüchtlingskrise‘ nimmt Kurz für sich in Anspruch, durch die Schließung der Balkan-Route maßgeblich zur Verringerung von Immigration nach Österreich beigetragen zu haben. Dies war seine wesentliche Botschaft im Wahlkampf 2017.

Auch in diesem Wahlkampf behielt Kurz seine restriktive migrations- und integrationspolitische Linie bei: In den ‚100 Projekten‘, welche die Partei im Wahlkampf vorgestellt hatte, sind die ersten drei (!) Themenblöcke ‚Asyl & Migration‘ (drei Projekte), ‚Integration‘ (zehn Projekte) sowie ‚Kampf gegen Extremismus und Hass‘ (sechs Projekte) (ÖVP 2019). Bei dieser Schwerpunktsetzung ist es wohl keine Überraschung, dass die ÖVP einen wesentlichen Teil der FPÖ-Stimmenverluste bei dieser Wahl auf ihr Konto verbuchen konnte.

³ Im Frühjahr 2019 publizierte Mitterlehner das Buch „Haltung: Flagge zeigen in Leben und Politik“ (Mitterlehner 2019) – es wurde als herbe Kritik an Sebastian Kurz, seinen Strategien zur Parteiübernahme und der Regierungskoalition mit der FPÖ aufgefasst.

3.2 SIGNIFIKANTE VERLUSTE FÜR DIE FPÖ – WAS NUN?

Direkt nach der Veröffentlichung des ‚Ibizagate‘-Videos gingen manche politischen Beobachter von einer schweren Krise der FPÖ aus, die möglicherweise sogar in eine Existenzkrise der Partei münden könnte. Die Kronen Zeitung, die auflagenstärkste österreichische Tageszeitung und Objekt der Begierde in Heinz-Christian Straches Gesprächen in Ibiza, titelte am Tag nach der Veröffentlichung des Videos sogar mit „FPÖ am Ende!“ (siehe Abb. 4).

Kurz nach der Veröffentlichung der Videoauschnitte konnte die FPÖ bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Mai 2019 jedoch herbe Verluste im Vergleich zu 2014 verhindern (17,2 Prozent; -2,52 Prozent). Bei der Nationalratswahl 2019 gelang das nun nicht mehr: Mit 16,1 Prozent an Stimmen lag das Ergebnis der Partei nicht nur deutlich unter dem Resultat von 2017 (-9,9), sondern auch unter den Umfragewerten der letzten Wochen. In den Tagen vor dem Wahltermin prägten weitere Korruptionsvorwürfe – die Spesenaffäre – rund um die von der Partei finanzierten regelmäßigen Ausgaben für Heinz-Christian Strache die politische Debatte.

Abb. 4: Cover der Kronen Zeitung vom 18. Mai 2019



In der Vergangenheit war es sogar noch schlimmer gekommen: Anfang der 2000er Jahre, in Regierungsfunktion mit der ÖVP unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, implodierte die FPÖ: Im Jahr 2002 verlor sie mehr als die Hälfte ihrer Wählerinnen und Wähler, im Jahr 2005 spaltete sich die Partei. Haider verließ, mitsamt dem FPÖ-Regierungsteam, die Partei und gründete das mittlerweile

inaktive Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) (Luther 2011). Zumindest dieses Schicksal scheint der FPÖ diesmal erspart zu bleiben – auch wenn es nun genügend Raum für innerparteiliche Konflikte gibt (siehe unten).

INFOBOX – Die lange Geschichte der FPÖ

Internationale Medien haben den hohen Wählerzuspruch ‚rechtspopulistischer‘ Parteien in Westeuropa oft auf jüngste Entwicklungen, vor allem auf die ‚Flüchtlingskrise‘, reduziert. Jedoch ist die Geschichte der FPÖ als stimmenstarke Partei um einiges länger. Im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland war Österreich nach 1945, ähnlich wie Italien, ein Land, in der sich rechtsradikale Akteure nachhaltig im politischen System verankern konnten (Art 2006). Bereits 1956 ging die FPÖ aus dem Verband der Unabhängigen hervor und war seitdem durchgehend im Nationalrat vertreten. Von 1970 bis 1971 unterstützte sie eine Minderheitsregierung der SPÖ, von 1983 bis 1986 war sie der kleine Koalitionspartner der SPÖ. Damals war die FPÖ-Parteispitze von Wirtschaftsliberalismus und Deutschnationalismus geprägt (Luther 2006). Als Jörg Haider im Jahr 1986 zum FPÖ-Vorsitzenden gewählt wurde, beendete die SPÖ die Koalition. Seit Ende der 1980er entwickelte sich die FPÖ zu einer ‚Pionierin‘ des neuen Rechtsradikalismus in Europa. Bei der Nationalratswahl 1999 konnte sie zum ersten Mal den zweiten Platz erreichen – die erste von ÖVP-Obmann Wolfgang Schüssel geführte ‚schwarz-blaue‘ Regierung hatte den Protest der EU-14 zur Folge. Trotz herber Wahlniederlagen und einer Parteiabspaltung im Zuge der beiden Koalitionen mit der ÖVP (Luther 2011) konnte sich die Partei ab 2005 in der Opposition langfristig regenerieren. Mit Norbert Hofer konnte ein FPÖ-Kandidat im Jahr 2016 beinahe die Bundespräsidentenwahlen für sich entscheiden. Nach dem vorzeitigen Ende einer neuerlichen ÖVP-FPÖ-Koalition im Mai 2019, auf Grund eines vom langjährigen FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache verursachten Korruptionsskandals, erhielt die FPÖ einen Stimmenanteil von 16,1 Prozent und damit ihr schwächstes Wahlergebnis seit 2006, der ersten Nationalratswahl Straches.

Das Konfliktmanagement der FPÖ erschien nach ‚Ibizagate‘ durchaus effektiv: Erstens designierte die Partei mit Norbert Hofer zügig einen Politiker als Parteichef und Spitzenkandidaten, der bei einem signifikanten Teil der österreichischen Bevölkerung Popularität genießt: Im Jahr 2016 wäre er beinahe Bundespräsident geworden und unterlag schlussendlich relativ knapp in der Stichwahl gegen Alexander Van der Bellen (46,2 Prozent versus 53,7 Prozent). Hofer, Verkehrsminister in der türkis-blauen Regierung, ist das betont – zumeist – höfliche Gesicht der Partei. Herbert Kickl, nach der Entlassung als Innenminister nun als Klubobmann (Fraktionsvorsitzender) tätig, übernimmt weiterhin die Rolle des Provokateurs von Rechtsaußen. Zweitens

versuchte die Partei, die Diskussion um das ‚Biza-gate‘-Video zu reinterpreten: Um den Fokus von den Aussagen Straches und Gudenus‘ wegzulenken, betonte die FPÖ die Frage nach dem Ursprung des Videos: Bis jetzt blieb ungeklärt, wer mit welchen Motiven den beiden FPÖ-Politikern die Falle gestellt und warum das Video erst zwei Jahre nach dessen Entstehung an die Öffentlichkeit gebracht wurde.

Drittens fand die FPÖ Wege, ihren ehemaligen Parteichef Strache zumindest vorübergehend ruhig zu stellen. Dieser hätte nach den Wahlen zum Europäischen Parlament dank des Vorzugsstimmensystems das Recht auf einen Abgeordnetensitz gehabt. Auf dieses Amt verzichtete er. Parallel dazu nominierte die FPÖ-Führung Straches Ehefrau Philippa Strache auf den dritten Platz der Wiener Landesliste – bis zum überraschend schwachen Wahlergebnis schien dies ein sicheres Mandat.⁴ Ebenso limitierte die FPÖ die Einflussmöglichkeiten Straches auf seiner offiziellen Facebook-Seite mit einer Follower-Anzahl von fast 800.000.

Nach der Wahl gibt es Konfliktpotential, vor allem rund um Heinz-Christian Strache. Auf Grund der Spesenaffäre kurz vor der Nationalratswahl und dem schwachen Ergebnis vermehrten sich Forderungen nach einem Parteiausschluss. Am 1. Oktober 2019, zwei Tage nach der Wahl, versuchte Strache diesem Schritt zuvorzukommen – er gab die Ruhestellung seiner Mitgliedschaft bekannt. In der Vergangenheit hatte Strache angedeutet, bei der Wiener Landtagswahl 2020 sein politisches Comeback feiern zu wollen. Während einer Pressekonferenz kündigte er hingegen seinen politischen Rückzug an.

Trotz ideologischer Nähe zwischen ÖVP und FPÖ und dem weiteren Bestehen einer gemeinsamen parlamentarischen Mehrheit ist eine Wiederaufnahme der Koalition höchst unsicher: Bereits am Wahlsonntag äußerten die führenden Vertreter der FPÖ ihre Skepsis bezüglich einer neuerlichen Regierungsbeteiligung und beschworen eine Erneuerung in der Opposition. Dies hat gute Gründe: Die Asymmetrie an Stimmenstärke zwischen ÖVP und FPÖ würde es der FPÖ wohl besonders schwer machen, langfristig gegen Kurz zu reüssieren. Die Oppositionsrolle bietet hierzu womöglich größere Chancen.

Laut Wahltagsbefragung wollen 30 Prozent der Wählerinnen und Wähler die FPÖ in Regierungsfunktion sehen (SORA und ISA 2019: 23): Dieser Wert ist geringer als für jede andere Parlamentspartei und zeigt somit die hohe Ablehnung der FPÖ bei breiten Teilen der österreichischen Bevölkerung. Der Wert macht aber ebenso deutlich, dass die FPÖ weiterhin ein Stimmempotential jenseits ihres jetzigen Resultates besitzt.

3.3 DIE RÜCKKEHR DER GRÜNEN

Die Grünen feiern mit einem Rekordergebnis von 14 Prozent ihre Rückkehr in den österreichischen Nationalrat. Damit sind sie die erste österreichische Partei, die nach einer Abwahl, im Jahr 2017, den parlamentarischen Wiedereinzug geschafft hat. Dies entspricht dem langfristigen Muster: Im europäischen Vergleich galten die österreichischen Grünen seit langem als eine der erfolgreichsten Vertreter ihrer Parteienfamilie. Im Jahr 2016 gewann ein langjähriger Bundessprecher der Partei, Alexander Van der Bellen, als formell unabhängiger Kandidat sogar die Präsidentschaftswahl (Buzogány und Scherhauser 2018).

Diese langfristige Perspektive weist darauf hin, dass das Wahlergebnis 2019 wohl weniger überraschend ist, als es das Debakel der Grünen im Jahr 2017 war. Grund für das damalige Scheitern war auch die hohe finanzielle Unterstützung für den langen Wahlkampf Van der Bellens. Zudem hielten sich die Grünen währenddessen mit potentiell kontroversen Initiativen zurück, um dessen Mehrheitsfähigkeit nicht zu gefährden. Nach der Bundespräsidentenwahl kamen jedoch innerparteiliche Konflikte zum Vorschein. Diese zeigten sich im Nachhall der ‚Flüchtlingskrise‘ vor allem in Bezug auf Immigration und Integration: Peter Pilz, ein langjähriger Grüner Spitzenpolitiker, gründete im Jahr 2017 seine eigene Liste – nach anhaltenden Konflikten zu seinem Vorschlag eines ‚linken Populismus‘ als Stoßrichtung für die Grünen. Er übte dabei ebenso prononcierte Kritik an liberaler bzw. grüner Immigrations- und Integrationspolitik.

Die Liste Pilz (mittlerweile Liste Jetzt) legte jedoch im November 2017, gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode, einen absoluten Fehlstart hin: Nach Vorwürfen der sexuellen Belästigung gegenüber dem Listengründer – die jedoch nie zu einer Anklage führten – war die Konkurrenz der Grünen lange Zeit hauptsächlich mit Debatten über die Rolle des Parteiengründers im medialen Rampenlicht. Der Mangel positiver Öffentlichkeit und das Fehlen subnationaler Parteistrukturen führte bei der damaligen Liste Pilz zu der Entscheidung, bei den vier Landtagswahlen im Jahr 2018 nicht anzutreten. In drei dieser Wahlen konnten die Grünen trotz Verlusten ihren Verbleib in den jeweiligen regionalen Parlamenten – und im politischen Diskurs – sichern.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019 wurde die unterschiedliche Entwicklung beider Parteien seit der Nationalratswahl 2017 besonders deutlich: Johannes Voggenhuber, ein von Peter Pilz unterstützter Kandidat und selbst zehn Jahre lang grüner Abgeordneter zum Europäischen Parlament, erreichte bloß 1,04 Prozent an Stimmenanteil. Die Grünen hingegen kamen auf 14,08 Prozent der Stimmen und lagen damit beinahe auf ihrem Niveau von 2014.

⁴ Nun ist ihr Einzug unsicher und hängt vom offiziellen Endergebnis, nach der Auszählung der Wahlkarten, ab.

Wie in Deutschland profitierten die Grünen von der hohen Salienz der Debatte über Maßnahmen gegen die globale Erderwärmung. Neben oben erwähnten Umfragedaten (siehe Abschnitt 2) unterstreicht der Mobilisierungserfolg von Fridays For Future die Relevanz der ökologischen Debatte für den öffentlichen Diskurs: Beispielsweise protestierten am Freitag, dem 27. September, zwei Tage vor der Nationalratswahl, in ganz Österreich zwischen 65.000 (Angabe der Polizei) und 150.000 (Angabe der Veranstalter) Menschen im Rahmen von Fridays for Future (Der Standard, 27.09.2019).

Schließlich kam die Schwäche der SPÖ den Grünen gelegen. Während die SPÖ bei der letzten Wahl einen signifikanten Teil an ehemaligen Wählerinnen und Wählern der Grünen mobilisieren konnte, war dies bei dieser Wahl nicht der Fall: Ohne eine Chance auf Platz eins gab die SPÖ potentiellen Wechselwählerinnen und -wählern kein Argument, ihre Stimme nicht den Grünen zu geben.

Für die Grünen stellt sich nun die Frage einer möglichen Regierungsbeteiligung. Während die Grünen auf Länderebene bereits in unterschiedlichen Konstellationen mitregieren – unter anderem in Koalitionen sowohl mit der SPÖ (z.B. Wien) als auch mit der ÖVP (z.B. Tirol) – wäre eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene ein Novum. Im Jahr 2002 scheiterten Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP. Nun gäbe es erneut die Option einer Koalition mit der ÖVP. Eine Zusammenarbeit würde bei beiden Parteien inhaltliche Flexibilität verlangen – möglicherweise ein schmaler Grat für die Grünen. Im Wahlkampf haben die Grünen jedoch, vielleicht in weiser Voraussicht, keine Koalitionsbedingung formuliert und liberale Standpunkte zu Immigration und Integration deutlich seltener betont als noch 2017.

4. AUSBLICK

Der österreichische Bundespräsident Van der Bellen wird Sebastian Kurz in Kürze zum zweiten Mal nach 2017 den Auftrag für Regierungsverhandlungen erteilen. Es existiert keine Regierungsoption ohne die ÖVP. Im österreichischen politischen System lobt der Bundespräsident die Regierung an – und im Gegensatz zu Deutschland gibt es keine parlamentarische Investiturabstimmung. Die österreichische Bundesregierung bleibt im Amt, solange sie nicht vom Parlament durch einen Misstrauensantrag abgesetzt wird, sie nicht zurücktritt oder sie der Bundespräsident entlässt.

Präsident Van der Bellen hegt wohl persönliche Sympathien für eine Koalition von ÖVP und Grünen – eine Zusammenarbeit, die er als Grüner Bundessprecher und Spitzenkandidat bereits im Jahr 2002 anstrebte. Doch die Erfahrung zeigt, dass die Einflussmöglichkeiten des Bundespräsidenten begrenzt sind – Van der Bellen musste nach der Wahl 2017 auch eine türkis-blaue Koalition angeloben. Obwohl die österreichische Verfassung als „semi-präsidentiell“ einzustufen ist, ist es in der politischen Praxis die Parlamentsmehrheit, die die Regierungsbildung bestimmt (Müller 2006).

Die Option einer Minderheitsregierung wäre für das politische System Österreichs untypisch - Kurz hat sie jedoch nicht ausgeschlossen.

Im Durchschnitt dauerten Regierungsbildungen seit 1945 rund zwei Monate. Welche Hürden könnte es in diesem Prozess geben? Neben den negativen Aussagen führender FPÖ-Politiker am Wahltag spricht auch der Konflikt um das Innenministerium – hier tobte ein Machtkampf zwischen dem FPÖ-Minister Kickl und der ÖVP-nahen Beamtenschaft – gegen die Bildung einer ÖVP-FPÖ-Koalition. Gegen eine Große Koalition aus ÖVP und SPÖ sprechen die negativen jüngsten Erfahrungen beider Parteien in einer solchen Konstellation, die fehlende Perspektive für die SPÖ als Juniorpartner und der Wunsch von Teilen des ÖVP-Wirtschaftsflügels, die Sozialdemokratie zu marginalisieren. Die inhaltlichen Differenzen zwischen ÖVP und Grünen würden etwaige Regierungsverhandlungen vor allem im Bereich der Migrations- und Integrationspolitik erschweren: Wie kann Kurz seine ‚winning formula‘ einer betont restriktiven Politik in diesem Bereich mit den Grünen aufrechterhalten? Sollte das endgültige Ergebnis nur eine äußerst knappe Mehrheit beider Parteien aufweisen, würde dies eventuell die Diskussion über eine Einbindung der NEOS anregen.

Die Nationalratswahl 2019 zeigt, dass ‚rechtspopulistische‘ Regierungsparteien, selbst wenn sie lange Zeit stabil erschienen, von plötzlichen Ereignissen hart getroffen werden können – selbst entgegen den Erwartungen von Umfragen, die in diesem Fall die FPÖ über- statt unterschätzt hatte. Dies ist womöglich der in den internationalen Medien oftmals übersehene Spesenaffäre in den Tagen vor dem Wahltermin geschuldet. Die Verluste der FPÖ nutzten jedoch hauptsächlich dem ehemaligen Regierungspartner, der ÖVP – einer Mitte-Rechts-Partei, die spätestens seit dem Jahr 2017 selbst Anti-Immigrations-Positionen in den Mittelpunkt rückt. Die politische Linke hat es nicht geschafft, enttäuschte FPÖ-Wählerinnen und -Wähler auf ihre Seite zu ziehen. Sowohl die SPÖ als auch die Liste Jetzt sind darin gescheitert. Beide haben noch dazu einen beträchtlichen Teil an Stimmen an einen der großen Gewinner der Nationalratswahl verloren: die Grünen. Noch ist der Ausgang des Koalitionspokers höchst ungewiss. Im Extremfall könnte sich Sebastian Kurz, bis vor kurzem Regierungschef einer migrationspolitisch betont restriktiven türkis-blauen Regierung, neu erfinden, wenn er ein Bündnis aus ÖVP und Grünen in Österreich schmiedet - eine Zwei-Parteien-Konstellation, die es so bislang in Westeuropa noch nicht gegeben hat.

LITERATURVERZEICHNIS

- Art, David* 2006: The Politics of the Nazi Past in Germany and Austria, Cambridge University Press, New York.
- Buzogány, Aron / Scherhauser, Patrick* 2018: Austrian Greens: from pyrrhic presidential victory to parliamentary exit. *Environmental Politics* 27, S. 566-571.
- derstandard.at*, 20.08.2019: Heidi Goëss-Horten spendete in zwei Jahren knapp eine Million Euro an die ÖVP. Verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000107604707/heidi-horten-spendete-in-zwei-jahren-knapp-eine-million-euro> (letzter Zugriff: 29.09.2019).
- derstandard.at*, 27.09.2019: Fridays for Future: Die Klimakids wollen Geschichte schreiben. Verfügbar unter: <https://www.derstandard.at/story/2000109194483/fridays-for-future-die-klimakids-wollen-geschichte-schreiben> (letzter Zugriff: 29.09.2019).
- Ennser-Jedenastik, Laurenz / Bodlos, Anita* 2019: Liberal Parties in Austria: in: van Haute, Emilie und Close, Caroline (Hrg.). *Liberal Parties in Europe*. Routledge, London, S. 129-145.
- Eurobarometer 2019*: What do you think are the two most important issues facing (OUR COUNTRY) at the moment? Verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/chartType/lineChart/themeKy/42/groupKy/208/savFile/54> (letzter Zugriff: 29.09.2019).
- Eurostat 2019*: Asylum and first time asylum applicants by citizenship, age and sex. Verfügbar unter: http://ec.europa.eu/eurostat/en/web/products-datasets/-/MIGR_ASYAPPCTZA (letzter Zugriff: 29.09.2019).
- Falter.at*, 10.09.2019: Schulden, Spenden, Spesen. Verfügbar unter: <https://www.falter.at/zeitung/20190910/schulden-spenden-spesen> (letzter Zugriff: 29.09.2019).
- Luther, Kurt* 2006: Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ); in: Dachs, Herbert; Gerlich, Peter; Gottweis, Herbert; Kramer, Helmut; Lauber, Volkmar; Müller, Wolfgang C. und Tálos, Emmerich (Hg.): *Politik in Österreich: Das Handbuch*; Manz, Wien, S. 364-388.
- Luther, Kurt* 2011: Of Goals and Own Goals: A Case Study of Right-wing Populist Party Strategy for and during Incumbency, *Party Politics* 17, S. 453-470.
- Mitterlehner, Reinhold* 2019: Haltung: Flagge zeigen in Leben und Politik. Ecowin, Salzburg.
- ÖVP 2019: Unser Weg für Österreich. 100 Projekte. Verfügbar unter: https://www.dieneuevolkspartei.at/Download/100_Projekte.pdf (letzter Zugriff: 29.09.2019).
- Plescia, Carolina / Kritzinger, Sylvia / Oberluggauer, Patricia* 2017: Conflict Mobilization in a Reconstructing Political Landscape, CISE - Centro Italiano Studi Elettorali, 9. Oktober 2017. Verfügbar unter: <http://cise.luiss.it/cise/2017/10/09/austria-2017-conflict-mobilization-in-a-reconstructing-political-landscape> (letzter Zugriff: 17.10.2017).
- Profil.at*, 24.08.2019: Horten, Ortner & Co.: Profitierten ÖVP-Spender? Verfügbar unter: <https://www.profil.at/oesterreich/horten-ortner-oevp-spender-10939247> (letzter Zugriff: 29.09.2019).
- SORA Institute for Social Research and Consulting* 2019a: Nationalratswahl 2019: Wahlkarten-Prognose, 29. September 2019. Verfügbar unter: https://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2019_NRW-Waehlerstroeme_Tabellen.pdf (letzter Zugriff: 29.09.2019).
- SORA Institute for Social Research and Consulting* 2019b: Österreich Endergebnis Wählerstromanalyse, 29. September 2019. Verfügbar unter: https://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2019_NRW-Waehlerstroeme_Tabellen.pdf (letzter Zugriff: 29.09.2019).
- SORA Institute for Social Research and Consulting und ISA Institut für Strategieanalysen* 2019: Wahltagsbefragung und Wählerstromanalyse Nationalratswahl 2019, 29. September 2019. Verfügbar unter: https://www.sora.at/fileadmin/downloads/wahlen/2019_NRW_Grafiken-Wahltagsbefragung.pdf (letzter Zugriff: 29.09.2019).
- Weisskircher, Manès* 2017: Die österreichische Nationalratswahl 2017. MIDEM Bericht. Verfügbar unter: https://forum-midem.de/cms/data/fm/user_upload/MIDEM_Bericht_2017-1.pdf (letzter Zugriff: 29.09.2019).
- Weisskircher, Manès* 2018: Austria's right-wing government at six months: What's the record so far? LSE EUROPP European Politics and Policy Blog, 18. Juni 2018. Verfügbar unter: <https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2018/06/18/austrias-right-wing-government-at-six-months-whats-the-record-so-far/> (letzter Zugriff: 29.09.2019).
- Weisskircher, Manès* 2019: Austrians vote Sunday — with a major corruption scandal in the background. *Washington Post*, 27. September 2019. Verfügbar unter: <https://www.washingtonpost.com/politics/2019/09/27/austrians-vote-sunday-with-major-corruption-scandal-background/> (letzter Zugriff: 29.09.2019).

AUTOR

DR. MANÈS WEISSKIRCHER

Manès Weisskircher ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Dresden (MIDEM – Mercator Forum Migration und Demokratie). Neben wissenschaftlichen Fachpublikationen erschienen seine Beiträge unter anderem in der Washington Post, openDemocracy und dem Europa-Blog der London School of Economics and Political Science.

E-Mail: manes.weisskircher@tu-dresden.de

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:

- Krisendiskurse zu Migration und Integration.
- Populismus.
- Institutionelle Verarbeitung von Migration.
- Migration in städtischen und regionalen Kontexten.

MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie Stellung zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

IMPRESSUM

ISSN 2570-0715

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
*Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung*
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli
Katja Solbrig

Gestaltung:

Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2019

MIDEM ist ein Forschungszentrum der Technischen Universität Dresden in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen, gefördert durch die Stiftung Mercator.

